

HOCHSCHULE

Uni in der Warteschleife



Da hilft kein Studium. Was wird die neue Uni bringen wird, wissen weder Studierende noch Lehrkräfte.

(Foto: Christian Mosar)

Zwischenbilanz der Uni Luxemburg: Seit dem Tod von Rektor François Tavenas gehen die Planungen nur schleppend voran. Unmut und Unsicherheit wachsen.

"Wir müssen auf den Rektor warten." Wer sich dieser Tage nach konkreten Fortschritten der Universität Luxemburg erkundigt, kommt nicht um diese Standard-Antwort herum. Seit dem Tod des Rektors François Tavenas präsentiert sich das Uni-Projekt nach außen wie ein Schiff ohne Kapitän, das führerlos im Nebel umher treibt. Mit dem plötzlichen Ableben des Kanadiers scheint jegliche Dynamik verfliegen. Die Presse hat seit Monaten nichts mehr vom akademischen Treiben berichtet - wohl weil es kaum etwas zu berichten gab.

Kein Wunder also, dass der Andrang zur Pressekonferenz der Uni Luxemburg am vergangenen Donnerstag groß war. Allerdings: Sehr viel schlauer waren die herbeigeeilten JournalistInnen hinterher nicht. Die anwesende Universitätsleitung unter Vorsitz des stellvertretenden Rektors Jean-Paul Lehnens und die Dekane der Fachbereiche stellten die aktuellen Semesterpläne vor, die sich aber in den meisten Punkten kaum vom Vorjahr unterscheiden. Auf konkrete Aussagen über Inhalt und Ausrichtung der Uni, muss die Öffentlichkeit hingegen weiter warten.

Bloß nichts entscheiden

Dabei hatte die zuständige Ministerin Erna Hennicot-Schoepges den so genannten Vierjahresplan zwischen Regierung und Universität, der die nächsten Schritte der Universitätsgründung festlegen soll, für das Semester 2004/2005 angekündigt - und das beginnt bereits Ende September. Jetzt wird der Plan verschoben oder aber kurzerhand zum Dreijahreskonzept geschrumpft.

Als Grund für die Verspätung verweisen Lehnens & Co in erster Linie auf die persönlichen Irrungen: Weil für Tavenas noch kein Ersatz gefunden sei, könnten verschiedene inhaltliche Entscheidungen

nicht getroffen werden. Denn die neue Uni soll neben den Regierungsvorgaben "auch die Handschrift des Rektors berücksichtigen", so Lehnens. Immerhin: Der Conseil de gouvernance, der dem Regierungsrat einen passenden Tavenas-Ersatz vorschlagen soll, tagt an diesem Samstag. Möglicherweise wird dann auch über die Bewerbungen entschieden.

"Das ist doch nur ein Vorwand", sagt Fernand Fehlen. Der Sozialwissenschaftler der Universität Luxemburg ist einer von zahlreichen ProfessorInnen und Dozenten, die sich über den derzeitigen Stillstand beklagen. Er verweist auf inhaltliche Differenzen. Tatsächlich stehen sich bei der Debatte um die zukünftige Ausrichtung zwei Lager gegenüber: Die einen plädieren für eine hoch spezialisierte Uni und eine enge Anbindung an Wirtschaft und Finanzen. Lucien Thiel, ABBL-Präsident und frisch gekürter CSV-Abgeordneter sowie Nibert von Kunitzki, Präsident des Centre universitaire, stehen eher für diese utilitaristische Sichtweise. Andere, auch Fehlen, wünschen sich mehr Sozialforschung.

"Eine luxemburgische Uni, die nicht über Luxemburg forscht, macht keinen Sinn", fasst Fehlen seinen Standpunkt zusammen. Und er fügt hinzu: "Wenn wir nicht über uns forschen, macht es niemand." Der Soziologe unterstützt Überlegungen, in einem interdisziplinären Zentrum verschiedene Fächer zusammenzufassen, die für die Erforschung der Luxemburger Gesellschaft wichtig sind.

Gerangel um Posten

Aber anders als der ehemalige Rektor Tavenas wollen Fehlen und andere GeisteswissenschaftlerInnen luxemburgische Immigrationsgeschichte nicht als Teilaspekt einer allgemeinen Forschungsstelle zu internationaler Inte-

gration sehen. Vielmehr soll Luxemburg selbst zum Mittelpunkt für politische, soziologische, sprachwissenschaftliche und andere Studien werden. Eine Arbeitsgruppe feilt derzeit an einem ersten Konzept, doch auch da gibt es ideologische Differenzen: Die einen wollen eher kulturwissenschaftliches Institut wollen, die anderen fordern eine sozialwissenschaftliche Herangehensweise.

Der Ideenstreit ist nicht zuletzt auch ein Gerangel um Posten. Seit der Universitätsgründung im Spätsommer 2003 fürchten viele Angestellte um ihren Job. Tatsächlich haben einige bereits den Hut nehmen müssen, weil ihre Vorlesungen nicht mehr den Ansprüchen der neuen Hochschule entsprechen. Das Uni-Gesetz sieht eine stärkere Loslösung der universitären Lehre von den Gymnasien vor. Die Folge: Etliche DozentInnen auf Vertragsbasis, in der Vergangenheit im Hauptberuf zumeist GymnasiallehrerInnen, scheiden aus dem Hochschulbetrieb aus. Für die Qualität der Lehre ist dies eine notwendige Entscheidung. Fakt ist aber auch, dass noch völlig unklar ist, wie viele Lehrkräfte aufgrund auslaufender Verträge verloren gehen - und wie sie ersetzt werden. "Ich kann meinen Studenten immer noch nicht sagen, welche Vorlesungen definitiv im nächsten Semester stattfinden werden", beschreibt ein Lehrer die missliche Lage. Der stellvertretende Uni-Rektor hat in diesem Punkt zumindest Besserung gelobt. Man wolle die Frage der "vacataires" so schnell wie möglich klären. Einen Zeitpunkt nannte Lehnens aber nicht - und blieb damit einmal mehr im Vagen.

Die Uni bewegt sich doch, lautet die werbewirksame Parole. Antworten auf journalistische Nachfragen, worin diese Aktivitäten denn konkret bestehen, fallen aber bemerkenswert dürrig aus. "Es gibt keinen Attentisme", sagt Jean-Paul Lehnens und verweist auf diverse Arbeitsgruppen. Die einen, das erklären die durchgängig männlichen Dekane der Fakultäten, versuchen gegebene Fach-Curricula so umzugestalten und auszubauen, dass sie künftig die europäischen Bologna-Kriterien erfüllen. Doch was die anderen Planungsgruppen im Einzelnen besprechen, wer darin sitzt und welche Konzepte beratschlagt werden, das weiß entweder kein Mensch oder darüber schweigen sich die TeilnehmerInnen beharrlich aus.

Die Folge: Die Öffentlichkeit, immerhin Nutznießerin verbesserter Studienangebote, bleibt bei der geheimnisvollen Debatte um das zukünftige Profil der Hochschule außen vor. Transparenz war in Luxemburg schon immer ein Stiefkind. Das gilt offensichtlich auch für öffentliche, von

Steuergeldern bezahlte, milliardenschwere Einrichtungen. Tatsache ist: Wer die momentane Situation analysiert, findet mehr Hinweise für eine abwartende Haltung der Verantwortlichen als echte Fortschritte, von der neuen Vizerektorin und einem rot-blauen Uni-Logo abgesehen.

Studiengebühren mit der LSAP?

Die Vorschläge der von Tavenas ins Leben gerufenen Planungskommission für universitäre Rahmenrichtlinien wurden inzwischen zwar intern diskutiert. Die Öffentlichkeit hat sie offiziell aber noch nicht vorgestellt bekommen: ohne RektorIn keine definitive Entscheidung. Ähnlich sieht es bei der Finanzierung der Uni aus.

"Die Koalitionsvereinbarung wird für uns essentiell sein", sagt Jean-Paul Lehnens - und greift damit einmal mehr zur "Parole Abwarten". Sicherlich werden die zukünftigen Regierungsparteien in ihrem Koalitionspapier auch in puncto Hochschulförderung Farbe bekennen müssen. Aber welche

Nächste Woche: Solidarität adieu?

KritikerInnen fordern: Um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, müssen sich die Gewerkschaften modernisieren. Wie dies gehen soll, untersucht die woxx im nächsten Dossier.

Berichtigung

Aufmerksamen LeserInnen ist es sicher nicht entgangen: Der Artikel auf der Seite 8 der Nr. 750 endete ... im Nichts. Wir wollen Ihnen den Schlusssatz nicht vorenthalten. Der lautet: *Ansonsten muss es heißen: Frauen, aufgepasst!*

Besoffene Kommunisten

Die KPL diskutiert gerne. Und weil ihr letztes Diskussionsthema - Investitionssteuerung am Beispiel der Traktorendiskussion in der UdSSR 1930 - so originell und aktuell ist, hier die Einladung der Kommunisten leicht gekürzt im Wortlaut: "Das Thema dreht sich um die Frage, wie der Konflikt gelöst wird zwischen jenen, die alles gleich besser haben wollen, und jenen, die es später noch besser haben wollen, wozu aber zunächst etwas mehr Konsumverzicht nötig ist, um die dadurch frei bleibenden Mittel in Infrastruktur und in die Produktion erleichternde Maschinen zu investieren. Es geht also, anders ausgedrückt, anhand dieses historischen Beispiels aus der UdSSR von 1930 um den Widerspruch zwischen dem Wunsch nach kurzfristiger Verbesserung - oder einer später höheren - der Lebensbedingungen durch vorherige Investitionen: sofort mehr Konsumgüter erzeugen, oder ob die Traktorenproduktion verzehnfachen war damals die konkrete Alternative, die äußerst kontrovers diskutiert wurde. (...)"
Noch Fragen? Hoch die kommunistische Syntax!

Ihr woxx-Kombinat

Ines Kurschat